

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Norman Paech, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine** und der Fraktion **DIE LINKE**.

Eskalation im Atomkonflikt mit dem Iran verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf sicherzustellen, dass die Nutzung von US-Militärbasen und anderer militärischer Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland sowie des deutschen Luftraums für militärische Angriffe auf den Iran nicht erfolgt.

Berlin, den 30. Januar 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Der Konflikt um das iranische Atomprogramm droht zu eskalieren. Berichte über mögliche Luftangriffe gegen den Iran und die Dislozierung schweren Militärgeräts in der Region deuten auf eine Verschärfung der ohnehin angespannten Lage hin. Schon die Androhung militärischer Mittel kann eine friedliche Regelung verhindern.

Das Morden im Irak hat bei der US-Regierung offensichtlich nicht zu einer größeren Zurückhaltung gegenüber dem Einsatz militärischer Mittel geführt. Bei der Vorstellung seiner neuen Irak-Strategie am 10. Januar 2007 machte der US-Präsident den Iran für die Lage im Irak mitverantwortlich. Es ist zu befürchten, dass die US-Regierung eine Eskalation im Atomkonflikt mit dem Iran betreibt, um von der Lage im Irak abzulenken.

Berichte US-amerikanischer Medien über die Vorbereitung von Luftangriffen auf den Iran durch die US-Regierung sind besorgniserregend. Sogar der Einsatz von Atomwaffen soll erwogen werden. In israelischen Militär- und Regierungskreisen gibt es vermehrt Stimmen, die offen für baldige Luftangriffe plädieren.

Die militärischen Aktivitäten der USA in der Region deuten auf Kriegsvorbereitungen hin. Insbesondere die Stationierung von Patriot-Abwehrraketen zum Schutz gegen iranische Gegenschläge auf US-Truppen im Irak ist ein Indiz für US-Angriffspläne. US-Medien berichten zudem über eine Verlegung eines Flug-

zeugträgers und weiterer Kriegsschiffe vor die iranische Küste. Auch der Einkauf russischer Abwehrraketen durch den Iran zeigt, dass die Eskalation auf beiden Seiten fortschreitet.

Wie das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 21. Juni 2005 festgestellt hat, ist die Duldung, deutsches Territorium und Luftraum für den Krieg gegen den Irak zu nutzen, Beihilfe zu einem Völkerrechtsverbrechen. Die Erweiterung der Nutzung für militärische Angriffe gegen den Iran ist ebenfalls Beihilfe zu einem neuen Völkerrechtsverbrechen und muss strafrechtliche Konsequenzen haben.

Die Verhängung von Sanktionen gegen den Iran trägt zur weiteren Verschärfung der Lage bei. Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Mohamed El Baradei, hat wiederholt davor gewarnt, dass Sanktionen auf beiden Seiten zu einer Eskalation führen. Mit der Verhängung von Sanktionen wächst die Gefahr, die Verfechter einer harten Linie im Iran zu stärken.